

---

## 2.2. Das Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung

---

### 2.2.1. Der Beginn tiefgreifender sozialökonomischer und politischer Umgestaltungen

Die Schaffung neuer demokratischer Staatsorgane war die entscheidende Voraussetzung, um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung erfolgreich durchführen zu können. Anfang Juni 1945 konnte der Aufbau solcher Verwaltungsorgane in den Gemeinden und Kreisen der sowjetischen Besatzungszone abgeschlossen werden. Im Juli 1945 wurden deutsche **Landes- bzw. Provinzialverwaltungen** geschaffen. Die Zusammensetzung ihrer Präsidien hatten die vier Parteien vorgeschlagen; sie wurde von der SMAD bestätigt. Am 22. Oktober 1945 übertrug die SMAD mit dem Befehl 110 den Landes- und Provinzialverwaltungen das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Damit wurden sie zu den damals höchsten deutschen Machtorganen, die in sich gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinten. Dank der Unterstützung durch die sowjetischen Besatzungsorgane, dank der zielklaren Politik der KPD und ihrem Zusammengehen mit der SPD konnten in kurzer Zeit Machtorgane des Volkes entstehen, in denen die Arbeiterklasse die führende Rolle spielte.

Während sich die Werktätigen in Stadt und Land darum bemühten, die Friedenswirtschaft in Gang zu bringen, häuften sich Beispiele **wirtschaftlicher Sabotage**. Beauftragte der Konzernleitungen verzögerten die Produktion. Großgrundbesitzer verheimlichten den demokratischen Selbstverwaltungen vorhandene Lebens- und Futtermittelvorräte, und kapitalistische Großhändler nutzten die Not des Volkes zu großangelegten Schiebergeschäften. Diese Kreise waren bestrebt, bei den Werktätigen Mißtrauen und Haß gegen die SMAD, gegen die demokratischen Machtorgane und vor allem gegen die Kommunisten zu säen. Die Reaktion versuchte, die errungenen Machtpositionen des

Volkes zu erschüttern, bevor es sie wirtschaftlich untermauern und politisch festigen konnte.

Solange die **sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus** — das Eigentum der Monopolisten und Großgrundbesitzer an Fabriken, Rohstoffen und Ländereien — nicht beseitigt waren, bestand die Gefahr einer Restauration der imperialistischen Herrschaft.

Der Kampf um weitere demokratische Umgestaltungen erforderte, nicht nur die politischen, sondern auch die ökonomischen Machtverhältnisse zu verändern. Ein bedeutsamer Schritt auf diesem Wege war die **demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands**.

Die faschistische Landwirtschaftspolitik und der zweite Weltkrieg hatten zur Vernachlässigung der Felder, zur Verminderung der Hektarerträge und der tierischen Leistungen geführt. So waren gegenüber dem Vorkriegsstand die landwirtschaftliche Nutzfläche um 19 Prozent und die Hektarerträge um mehr als ein Viertel gesunken. Besonders stark hatte die sowjetische Besatzungszone unter den **Kriegsfolgen** zu leiden. In ihrem landwirtschaftlich wichtigstem Gebiet, in Mecklenburg-Vorpommern, betrug zum Beispiel der Rindviehbestand im Herbst 1945 nur 30 Prozent der Vorkriegszeit. Verschärft wurde das Ernährungsproblem durch Millionen Umsiedler aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze, aus der Tschechoslowakei und aus Südosteuropa. Hinzu kam, daß zahlreiche Großgrundbesitzer bei ihrer Flucht vor der Sowjetarmee wertvolle Maschinen, Zug- und Nutzvieh sowie Vorräte in die westlichen Besatzungszonen verschleppt hatten.

Oftmals hatte sich auf dem Lande, stärker als in den Städten und Industriegebieten, die faschistische Ideologie ausbreiten können. Besonders in den landwirtschaftlichen Gebieten östlich der Elbe hatte der preußische Adel jede demokratische Bewegung unterdrückt und war zu einer Stütze des Militarismus und Faschismus geworden.

Die Einsicht und Bereitschaft, durch eine demokratische Bodenreform die Machtverhältnisse auf dem Lande gründlich zu verändern, entwickelten sich bis Ende August 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zu einer **Massen-**

Rede des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands:

## Junkerland in Bauernhand!

Wilhelm Pieck über die Frage der Bodenreform - Schnellste Durchführung wird gefordert

Alle Rechte vorbehalten. Am Sonntag, dem 2. September 1945, fand in Kyritz (Mark Brandenburg) eine von Bauern und Landarbeitern besetzte Kundgebung statt, die sich zu einer Bauernkonferenz entwickelte. Auf der Kundgebung wurde die Forderung nach einer Bodenreform aufgestellt.

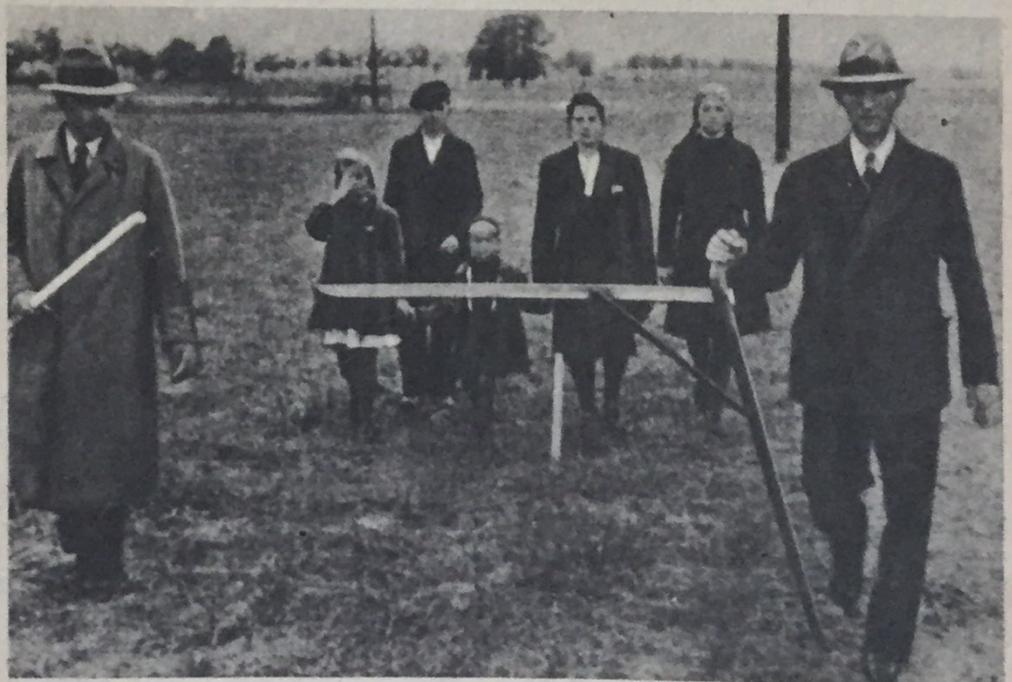
bewegung. Die entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer sowie die Aufteilung ihres Bodens unter die landarmen Bauern und die Landarbeiter konnten beginnen. Am 2. September 1945 legte der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, auf einer Kreisbauernversammlung in Kyritz (Mark Brandenburg) das **Programm zur Durchführung der Bodenreform** dar. Die Teilnehmer forderten in einer Entschließung „die Aufteilung des Bodens der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen und des gesamten Großgrundbesitzes über 100 Hektar an die kleinen Bauern, Landarbeiter und Kriegsvertriebenen“. 30 Bauernkonferenzen in der Provinz Sachsen und eine Landesbauernkonferenz in Thüringen, die zur gleichen Zeit tagten, unterstützten diese Forderung nach Durchführung einer Bodenreform.

Die von Wilhelm Pieck verkündete Losung „**Junkerland in Bauernhand**“ wurde von Landarbeitern, Kleinbauern und Umsiedlern freudig

aufgegriffen. Verhandlungen im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien hatten zu dem Ergebnis geführt, daß von allen Parteien die Notwendigkeit einer demokratischen Bodenreform anerkannt wurde.

Das entscheidende Instrument zur Durchführung der Bodenreform waren die neuen Machtorgane, die das Volk geschaffen hatte. Im September 1945 erließen die Landes- und Provinzialverwaltungen auf der Grundlage der Vorschläge der KPD inhaltlich gleichlautende **Verordnungen über die demokratische Bodenreform**. Ihre Durchführung selbst lag in den Händen des werktätigen Volkes.

In allen Gemeinden wurden **Bodenreformkommissionen** gewählt. Sie beschlagnahmten den Großgrundbesitz über 100 Hektar, der entschädigungslos enteignet wurde. Kriegsschuldige, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurden unabhängig von der Größe ihres Besitzes enteignet. Von der Enteignung ausgenommen war der Boden landwirtschaftlicher und wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen, der zur Versorgung der Bevölkerung dienende, den Stadtverwaltungen gehörende Boden, das Gemeindeland, der Grundbesitz landwirtschaftlicher Genossenschaften und Schulen sowie der Grundbesitz der Klöster, Bistümer und Kirchen. Der den Bewerbern zugeteilte Boden durfte fünf Hektar, bei sehr schlechter Bodenqualität zehn Hektar nicht überschreiten.



Aufteilung des Großgrundbesitzes im Herbst 1945

Über die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Herbst 1945 in Plänitz

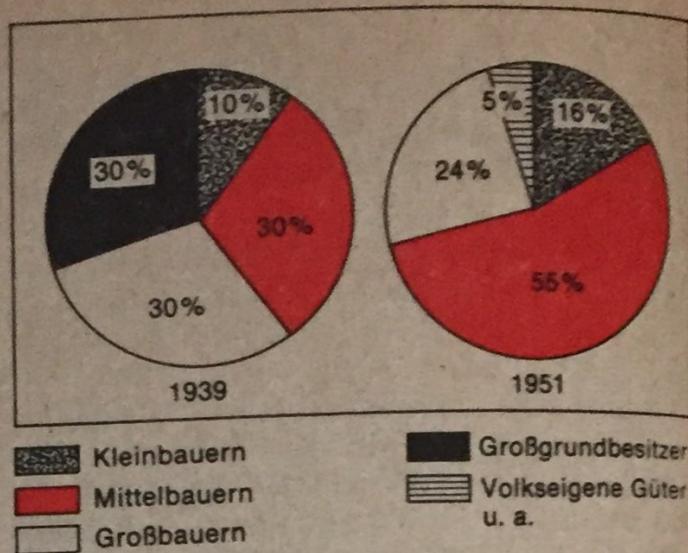
„Am 23. September findet auf der Wiese des Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppin der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt, das in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit den Verordnungen über die demokratische Bodenreform enteignet wurde. An 60 Bewerber — 22 landarme Bauern und Landarbeiter, acht Handwerker, drei neue Siedler und 13 Umsiedler aus Plänitz sowie 14 landarme Bauern und Landarbeiter aus Neustadt an der Dosse — werden die Besitzurkunden überreicht. Die erste Urkunde, und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, kann der Siedler Ernst Paris, Vater von elf Kindern, in Empfang nehmen.

Dem historischen Akt war eine angestrengte Tätigkeit der Gemeindegemeinschaft für Bodenreform vorangegangen. Das von ihr aufgeteilte Gut Kränzlin II war ein typisches Beispiel der politischen Notwendigkeit der Liquidierung des Großgrundbesitzes. Über 300 Hektar, das ist mehr als die Hälfte des zur Gemeinde Plänitz gehörenden Landes, hatten die Junker von Rathenow zusammengekauft. Seit Jahrhunderten mußte der größte Teil der Einwohner des Ortes als Landarbeiter, Knechte und Gutshandwerker Frondienste für die ‚gnädigen‘ Herren leisten. Letzter Besitzer waren ein Rittmeister a. D. Scherz und dessen Sohn. Scherz junior hatte es in einem feudalen Kavallerieregiment zum Leutnant gebracht und wurde Sturmführer bei Hitlers Reiter-SA. Mit seiner Reitpeitsche verprügelte er das deutsche ‚Gesinde‘, aber vor allem die ‚Ostarbeiter‘.“<sup>4</sup>

● Inwiefern widerspiegelt dieser Bericht die Erfüllung der sozialökonomischen und politischen Hauptziele der demokratischen Bodenreform? (Siehe S. 58!) Benutzen Sie zu Ihrer Beweisführung auch die Grafik auf der S. 60!

Die durch die Bodenreform entstandenen Wirtschaften durften weder ganz noch teilweise verkauft, verpachtet, geteilt oder verpfändet werden. Die Bewerber erhielten den Bodenschuldenfrei. Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen wurden den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe, einfaches Arbeitsgerät und

<sup>4</sup> P. Gabriel: Die Kraft der Einheitsfront. In „Neues Deutschland“ vom 24. September 1970.



Die landwirtschaftliche Betriebsfläche auf dem Gebiet der DDR 1939 und 1951

Arbeitsvieh den bedürftigen Bauernwirtschaften zur individuellen Nutzung zur Verfügung gestellt. Ein Drittel des Bodenfonds verblieb in den Händen staatlicher und kommunaler Einrichtungen. Auf etwa drei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche entstanden in der Folgezeit Volkseigene Güter (VEG).

Die demokratische Bodenreform war die seit dem Deutschen Bauernkrieg im 16. Jahrhundert größte revolutionäre Massenaktion auf dem Lande. Die gewählten Bodenreformkommissionen als revolutionär-demokratische Organe der Arbeiter und Bauern beschlossen die Aufteilung des Großgrundbesitzes und verwirklichten ihre Beschlüsse selbst. Das wichtigste Ergebnis der Bodenreform, die sich unter der Führung der Arbeiterklasse vollzog, bestand darin, daß die ökonomische Macht der Großgrundbesitzer gebrochen und das Junkertum als Klasse beseitigt wurden.

Durch die demokratische Bodenreform erhielt das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern eine stabile politische und ökonomische Grundlage. Die Arbeiterklasse half den Bauern, den erbitterten Widerstand der Junker, Großgrundbesitzer und aktiven Nazis zu überwinden, die diese der Bodenreform entgegensetzten. Sie versuchten, der Enteignung durch die Aufteilung der Güter unter ihre Verwandten zu entgehen. Sie verschoben Vieh und Maschinen. Von den Junkern und ihren Inspektoren eingeschüchtert, wagte mancher

Bauer und Landarbeiter nicht, sich um Boden zu bewerben. Faschistische Banditen überfielen Arbeiterfunktionäre. Dieser Widerstand konnte erst durch die Ausweisung der enteigneten Junker und Großgrundbesitzer gebrochen werden.

Auch nach Abschluß der Bodenreform galt die Aufmerksamkeit der demokratischen Machtorgane der Festigung des Bündnisses und der Entwicklung der Neubauernwirtschaften. Aus den Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe entstand eine demokratische Massenorganisation, die **Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)**. 1949 wurden die **Maschinenausleihstationen (MAS)** gegründet. Sie konzentrierten Traktoren und Maschinen und stellten sie den Klein- und Mittelbauern zu günstigen Tarifen zur Verfügung. Diese Bauern blieben infolge der Hilfe durch die MAS wirtschaftlich und politisch von den ökonomisch stärkeren Großbauernbetrieben unabhängig. Die MAS verbanden die Produktionshilfe mit einer umfangreichen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Unterstützung der Bauern. Als Zentren der Arbeiterklasse auf dem Lande trugen sie — gemeinsam mit den VEG — wesentlich dazu bei, den Boden für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes vorzubereiten.

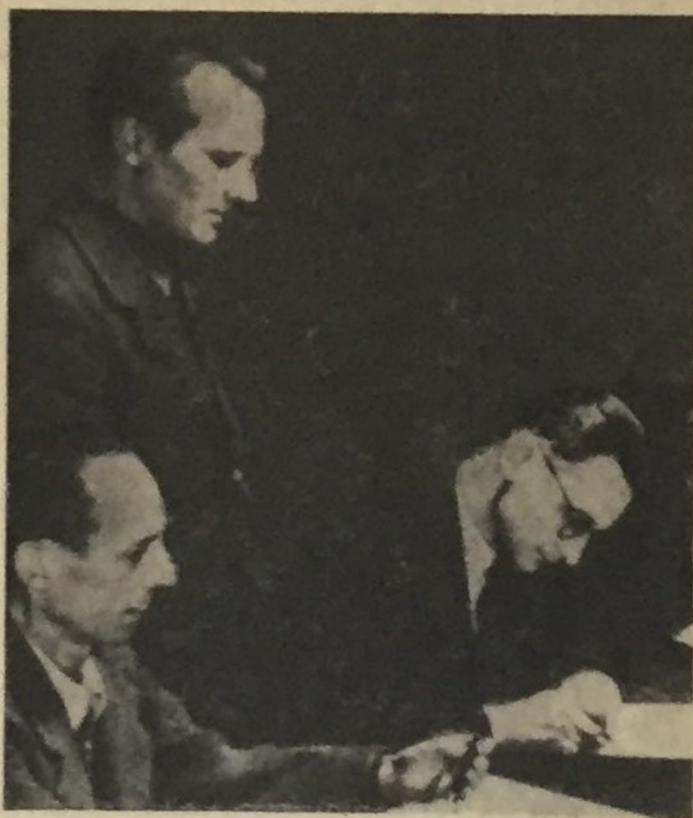
Die Sowjetunion unterstützte aktiv die anti-imperialistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande. Die sowjetischen Besatzungsbehörden halfen mit Pferden, Saatgetreide und Saatkartoffeln. Im September 1947 ordnete die SMAD an, in der sowjetischen Besatzungszone in kurzer Zeit mindestens 37 000 Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem Lande zu errichten. Diese und andere Maßnahmen der SMAD erleichterten und beschleunigten die Durchführung der demokratischen Bodenreform und sicherten ihre Ergebnisse.

Auch in den westlichen Besatzungszonen forderten demokratische Kräfte die Aufteilung der Güter über 100 Hektar Nutzfläche und eine Neuaufteilung des Bodens. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wurden entsprechende Gesetze angenommen. Imperialistische Kreise und rechtssozialdemokratische Führer verhinderten aber, daß diese Gesetze verwirklicht werden konnten. Sie befürchteten

nicht zu Unrecht, daß durch eine Bodenreform der Imperialismus auch in den Westzonen an Einfluß verlieren würde. So blieb — mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte — der Großgrundbesitz in den westlichen Besatzungszonen unangetastet.

● *Vergleichen Sie die Bodenreform mit den Agrarreformen in den volksdemokratischen Ländern, und kennzeichnen Sie das ihnen gemeinsame Wesen!*

Am 11. Januar 1947 verzichtete die Regierung der Sowjetunion auf die Demontage von etwa 200 Großbetrieben, die in Übereinstimmung mit den Vier-Mächte-Vereinbarungen über die Wiedergutmachung eines Teiles der vom Hitlerfaschismus verursachten Schäden vorgesehen war. Die Regierung der UdSSR übernahm diese Betriebe in sowjetisches Eigentum und verwandelte sie in **Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)**. Ihr Wert wurde als Reparationsleistung anerkannt. Diese Entscheidung der UdSSR sicherte Tausenden Arbeitern und Angestellten ihre Arbeitsplätze und ermöglichte es, diese



Während der Unterzeichnung der Gründungsurkunde der Freien Deutschen Jugend: Theo Wiechert, Erich Honecker und Paul Verner (von links nach rechts)

Betriebe für den demokratischen Neuaufbau zu erhalten.

Ein bedeutsames Ereignis war die Gründung einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation, der **Freien Deutschen Jugend (FDJ)**, am 7. März 1946. Sie ging aus den Jugendausschüssen hervor, die bewährte Antifaschisten in den Monaten Juni und Juli 1945 ins Leben gerufen hatten. Die SMAD bestätigte diese Ausschüsse Ende Juli 1945 als demokratische Vertretungen der Jugend. Sie kämpften für politische und soziale Rechte der jungen Generation, wie um das Recht auf Arbeit und auf politische Mitbestimmung, die reaktionäre Politiker der Jugend auch in der sowjetischen Besatzungszone vorenthalten wollten. Die Antifaschisten in den Jugendausschüssen leisteten eine mühevollen, umfangreiche Arbeit, um die vom Faschismus irregeleiteten Jugendlichen im demokratischen Sinne umzuerziehen und sie für den demokratischen Neuaufbau zu gewinnen. An diese erfolgreiche Tätigkeit anknüpfend, entwickelte sich die im März 1946 gegründete FDJ zu einer Organisation, die Zehntausende junger Menschen für den demokratischen und sozialistischen Aufbau mobilisierte und schulte. Ihr erster Vorsitzender wurde Erich Honecker, den die Faschisten wegen seines mutigen antifaschistischen Kampfes zehn Jahre in Brandenburg hinter Zuchthausmauern eingekerkert hatten.